Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche

Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 58 (2003)

Heft: 4

Artikel: Kann der Fisch das Gehen lernen?

Autor: Haiger, Alfred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891583

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik

Kann der Fisch das Gehen lernen?

Eurokompatibel und weltmarktkompatibel müsse die schweizerische Landwirtschaft werden, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. Diese oft gehörte Forderung lässt völlig ausser Acht, dass die Schweizer Bauern in einem Kostenumfeld wirtschaften, das seinerseits alles andere als eurokompatibel ist. Ausserdem sind die Bauern hierzulande weder Verursacher dieses Kostenumfeldes noch haben sie grossen Einfluss darauf. Prof. Haiger zeigt im folgenden Beitrag, warum die Gemeinsame Agrarpolitik GAP der EU trotz Reformbestrebungen die dortigen Probleme nicht wird lösen können. Wenn sich die Schweiz daran orientiert, gerät sie damit ebenso in eine Sackgasse. Der Beitrag ergänzt und unterstreicht die Aussagen am 3. Bio-Gipfel vom 21. Juni in Zofingen. (Red.)

Die GAP-Reform ist reines Wunschdenken!

Ist die GAP reformierbar? Wenn ja, dann kann der Fisch auch gehen lernen! Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist auf Dauer nicht reformierbar. Denn sie folgt keiner biologischen Gesetzmässigkeit, sondern dem kapitalistischen Grundsatz der Gewinnmaximierung (siehe Zitat rechts). Nur die Orientierung an den Naturgesetzen und eine radikale Abkehr von der Weltmarktorientierung kann Gerechtigkeit schaffen zwischen den Menschen und Frieden mit der Natur: daher ökosozial statt neoliberal.

Für die EU-Agrarpolitik gilt nach wie vor der Artikel 39 des Gründungsvertrages von Rom aus dem Jahr 1957, in dem es



Prof. i.R. Alfred Haiger

heisst: «Die Produktivität der Landwirtschaft ist durch Förderung des technischen Fortschrittes, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und dem bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskraft, zu steigern.» Konnte man dieser Zieldefinition in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch ein gewisses Verständnis entgegenbringen, so hätten sich die Zielvorgaben spätestens dann ändern müssen, als die Selbstversorgung gewährleistet war, der industrielle Arbeitsmarkt gesättigt war und Schäden an der Bodenfruchtbarkeit (Humusabbau, Erosion) auftraten, die sinkende Grundwasserqualität (Nitrat- und Pestizidbelastung) und unsägliches Tierleid offensichtlich wurden. Das war etwa in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts der Fall. Seither wird angepasst, reformiert, preisgestützt, flächenprämiert und schliesslich soll die Produktion vom Einkommen noch weiter entkoppelt werden. Die Unvernunft soll soweit getrieben werden, dass das zukünftige Einkommen von der Betriebsstruktur vergangener Referenzjahre abhängt!

Fallbeispiel: Milchkuhhalter im Grünland

Die Milchkuh ist als Wiederkäuer und Säugetier der natürliche und effektivste Umwandler von Der Kapitalismus ist ein
«Modell einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die wirtschaftlichen, sozialen und
politischen Beziehungen der Menschen sowie der
Organisationen und Institutionen wesentlich von
den Interessen derer bestimmt werden, die über
das Kapital verfügen» (Brockhaus Enzyklopädie).

Futter- in Milcheiweiss und knapp 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Österreich ist Grünland. Ausser einem gesunden Mischwald ist das richtig bewirtschaftete Grünland auch der beste Grundwasser- und Erosionsschutz.

Schon mit dem EU-Beitritt Österreichs (1995) kam es zu einer Verbilligung des Getreides und mit der Agenda 2000 zu einer nochmaligen drastischen Getreidepreissenkung, so dass die Energieeinheit im zugekauften Kraftfutter (Getreide) wesentlich billiger ist als im wirtschaftseigenen Grundfutter des Grünlandes (ausgenommen Weidegras). Das hat zur Folge, dass der Kraftfuttereinsatz in der Milchviehfütterung enorm zunimmt und die naturgemässen Futtermittel (Gras, Heu, Silagen) zunehmend aus der Ration verdrängt werden. Darunter leidet mittelfristig das Grundwasser durch Stickstoffeintrag, Grünland durch Artenverlust, die Kühe durch leistungsbedingte Krankheiten (= sinkende Milchqualität) und langfristig die Kulturlandschaft durch Aufforstung. Schlussendlich werden die Milchkühe in die Ackerbaugebiete 'abwandern'. Je nach Annahme und Zeithorizont könnten die Milchkuhhalter im Grünland um 70 bis 90 % abnehmen!

Reformvorschläge der EU-Kommission für den Milchmarkt

Als «Midterm Review» (Halbzeitbewertung) im vergangenen Sommer angekündigt, liegen seit Jänner die überarbeiteten Reformvorschläge der EU-Kommission vor. Die Brisanz wird noch dadurch erhöht, dass auch die WTO-Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium treten.

Neben zahlreichen Ungereimtheiten wird hier nur auf die Reformvorschläge des Milchmarktes eingegangen. Für die prämienwirksame Quote des einzelnen Milchlieferanten gilt der 1.4.2004 als Stichtag, was die Quotenpreise bis dorthin in die Höhe treiben wird. Die Aufstockung der Global-Quote um 3,5 % wird im Überangebotsmarkt (EU-weit ca. 20 %) preis-

drückend wirken. Zusätzlich soll der Interventionspreis um 28 % gesenkt und nur zur Hälfte mit einer Prämie abgefangen werden. Das 'treibt' die Kühe vom Grünland in die Ackerbauregionen bzw. überhaupt in andere

Länder mit günstigeren Produktionsbedingungen. Dafür wird den verunsicherten Milchbauern in Aussicht gestellt, die Quotenregelung bis 2014 zu verlängern. Was nützt aber eine Quote, wenn die Erlöse unter die Gestehungskosten sinken, im Grünland keine Produktionsalternativen vorhanden sind und wegen der Osterweiterung die Prämien weiter gekürzt werden?

Was müsste geschehen?

1. Da Landwirtschaft in der Natur stattfindet, darf menschliches Handeln nur innerhalb der naturgesetzlichen Grenzen erfolgen, da langfristig nur ökonomisch ist, was auch ökologisch ist. Die industrialisierte Landwirtschaft ist weit davon entfernt und muss daher so schnell wie möglich durch eine naturgemässe (ökologische/biologische) Wirtschaftsweise abgelöst werden.



«Die WTO ist ein Mörder der Freiheit. Sie schafft und legitimiert die Tyrannei der Reichen über die Armen.»

Jean Ziegler, 2003

Der weitaus grösste Teil der Grundnahrungsmittel kommt nicht vom Weltmarkt und keine landespflegerische Dienstleistung ist zu den Preisen erhältlich wie sie in Entwicklungsländern üblich sind.

- 2. Jeder souveräne Staat muss sich seine Grundnahrungsmittel auf der Basis der natürlichen Bodenfruchtbarkeit und einer artgerechten Tierhaltung selbst erzeugen und gleichzeitig die gewachsene Kulturlandschaft pflegen. Das verlangt ein Bündel von politischen Massnahmen wie die Besteuerung von Produktionsmitteln (etwa N-Dünger, Pestizide etc.), strikte Flächenbindung der Tierhaltung, Abgaben für Massentierhaltungen zur Alternativenförderung (Eiweissfutter, biogene Rohstoffe etc.) und ökologisch begründete Aussenhandelszölle.
- 3. Die sogenannten Subventionen für die Landwirtschaft sind letztlich Preisstützungen für die Konsumenten. Denn unser derzeitiges Wirtschaftssystem, das auf dauerndem Wachstum beruht, ist an möglichst niedrigen Preisen für Grundnahrungsmittel interessiert, damit für die fast beliebig vermehrbaren, nicht lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen ein möglichst grosser Einkommensanteil verbleibt. Schliesslich haben diese Subventionen das Bauernsterben' auch bisher nur bremsen können und sind äusserst ungerecht verteilt (20 % der Betriebe erhalten 80 % der Mittel).

Hält man diese 3 Punkte grundsätzlich für richtig, so kann die GAP ebenso wenig reformiert werden, wie ein Fisch gehen lernen kann. Besorgniserregend ist aber, dass trotz weitverbreiteter politischer Ratlosigkeit, die allermeisten Politiker und Wissenschaftler nicht gewillt sind auch nur einen Moment über solche Alternativen nachzudenken. Mit dem Hinweis auf unseren Wohlstand und das unabwendbare Weltmarktdiktat (Globalisierung) wird jede Diskussion im

Keim erstickt. Derselbe Personenkreis (die sogenannten Führungskräfte) weiss jedoch, dass der weitaus grösste Teil der Grundnahrungsmittel nicht vom Weltmarkt kommt und keine landespflegerische Dienstleistung um den Preis wie sie in Entwicklungsländern üblich sind, erhältlich ist. Besinnung und Umkehr sind daher not-wendig!

Alfred Haiger

(Univ.-Prof. Dr. Alfred HAIGER war bis Juni 2002 Vorstand des Institutes für Nutztierwissenschaften an der BOKU Wien)

